

Dresdner Volkszeitung

Vollkommene: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verleihung: Sekt. Staatsbank, Dresden
Bank der Arbeit, Ausstellung
und Dienst, R. G. Dresden,
Gebrüder Arnold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Besitzers aus der militärischen Unterhaltungsabteilung, unter welcher
Kunst-, ausserhalb "Wolf und Welt" monatlich 150 M., mindestens 10 M.
Gewinnerlohn, Volksausgabe 150 M. jährlich. Völker- und Stadt-Dienste, 10 M.
Telegramm-Adresse: Dresden-Volkszeitung

Schriftleitung: Zeitungsredakteur Dr. W. M. Tschirn-
hundt nur zwischen 12 und 1 Uhr.
Geschäftsführer: Zeitungsredakteur Dr. W. M. Tschirn-
hundt vom frühen 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Einzelne Preise: Gruppenpreise: die 20 zum preiswerten
Preise 10 M., die 50 mm breite Abonnement 200 M., 100 M. zu anderen
Abonnementen 100 M. und 250 M. Familienabonnement 200 M., 100 M. Einzelabonnement 10 M.

Nr. 223

Dresden, Donnerstag, den 24. September 1931

42. Jahrgang

Der französische Besuch

Von Paul Löbe, Präsident des Reichstags

Die deutschen Sozialdemokraten begrüßen Briand und Laval, die am Sonntag aus Paris in Berlin eintrafen, obwohl es nicht unsere Freunde sind, die bei uns Einfluss halten. Aber der Besuch soll der Verständigung zwischen den beiden Nationen dienen, dem Ziel also, für das die Sozialdemokratie eingetreten ist von der Stunde an, da die Kriegshandlungen des unverantwortlichen Völkerwarrts abgeschlossen waren. Der Vertrag zwischen den Völkern und den Regierungen sowie der Einfluss der Sozialisten allein nicht genügt, Frieden und Freundschaft zu sichern, begrißt und fordert wir jeden Besuch der zwischen den herrschenden Gewalten in der gleichen Richtung unterzogen wird.

Wir heißen Briand und Laval in Deutschland willkommen, obgleich sie Repräsentanten einer Rechtsregierung in Frankreich sind, wie wir den Besuch Brünings und Curtius' in Paris gebilligt haben. Wir verhindern uns nicht, daß der Besuch am Sonntag in eine nicht so günstige psychologische Situation fällt, in eine Zeit, in der manches die beiden Regierungen auseinandergebracht hat. Hatt sie zusammenzuführen. Wir stellen uns einen Tag vor, wieviel leichter die Aufgaben wären, wenn in den Regierungen von Frankreich, England und Deutschland Männer der sozialistischen Internationale den entscheidenden Einfluß hätten. Unter der Regierung Hermann Müller ist die Räumung des Innenlandes erreicht worden, die Regierung Macdonald-Berenger ließ ihre wertvolle Hilfe zum ersten reparationsfreien Jahr, das durch Hoover's Vorschlag eingetreten ist. Seitdem sind viele angefundene Verbindungen wieder losen und manches Gefühl ist salter geworden.

Läßt die psychologische Situation zwischen Gastgebern und Besuchern manche Schwierigkeiten befürchten, so drängen die wirtschaftlichen und internationalen Verhältnisse um so gewaltiger auf die Verständigung hin. Heute muß sogar Herr Hugo Bergfeld auf seinem Vortrag erläutern, daß die Völker voneinander abhängig sind, heute muß er jene Verständigungspolitik mit Frankreich erwähnen, für die der Sozialdemokratie der Vorwurf des Landesvertrags gemacht wurde. So nachdrücklich haben die wirtschaftlichen Lehren des letzten Jahres gewirkt. Seit die ersten Pläne der deutsch-französischen Beziehungen aufgetaucht, hat sich die internationale wirtschaftliche Lage weiter verschlechtert. Bald jeder Tag brachte

eine Überraschung in negativer Richtung, jeder Tag hörte einem neuen Teil der Menschheit die Erkenntnis ein, daß nur jene internationale Solidarität einen Weg aus der Misere verspricht, die man früher als sozialistische Illusion verachtete.

Auf diesem Besuch werden sehr konkrete, sehr aktuelle Fragen — über die reine Beseitigung des Misstrauens hinaus — angegriffen werden müssen. Es wird, wenn man von dem Ausweg aus der Krise spricht, nicht vorbeigegangen werden können an der Frage einer neuen Revision der Reparationen, an der Frage, wie der Goldschatz Frankreichs und Amerikas der Weltproduktion wieder zugeführt oder ein anderes System für den Blutzkreislauf der Weltwirtschaft gesundet werden kann. Es wird die Angelegenheit der Handels- und Zollunionen, der Herausbildung wirtschaftlicher Handelsgemeinschaften weit über den ursprünglichen Plan hinaus einer rohen Lösung zugeführt werden müssen, wenn nicht das Chaos immer größer werden soll. Und es wird nicht bei der Vereinigung einzelner Industrien bleiben können, die man hier und da erhofft und für die der neue französische Botschafter sicher der geeignete Wegbereiter ist, sondern die gesamte Wirtschaft der beiden Länder muß an einer vernünftigen Zusammenarbeit gebracht werden.

Deshalb wünschen wir dem Besuch ungestörten Verlauf und vollen Erfolg. Darüber hinaus aber lebt den Sozialisten doch jeder Tag, daß zur gänzlichen Überwindung der Not nicht mehr die Koalition der kapitalistischen Nationen, sondern die Ablösung des verfallenden Kapitalismus durch eine bessere Wirtschaftsform nötig ist. Keber doch, jeder Konkurrenz, jeder Zusammenbruch beweist es. Der Kapitalismus kann es nicht mehr. Die Völker müssen selbst die Wirtschaft regieren. Das Finanzkapital sollte die höchste und vollkommenste Form der kapitalistischen Wirtschaft bedeuten, es wird immer klarer, daß es auch die letzte ist.

Wenn Brünning und Laval, Briand und Curtius sich die Hände reichen, soll das unseren Besuch finden — gelöst aber werden die Probleme erst dann, wenn das deutsche und französische Proletariat ihre Hände ineinander legen und die Geschicke beider Länder lenken.

Um die Mandchurie

Die Vorgeschichte des Konflikts
Eisenbahnskonzeessionen - Gemeinde in Korea

Der scheinbar überraschende japanische Angriff auf die Südmandschurie, das Bombardement von Mukden, dieser Krieg ohne Kriegserklärung, kam nur für den Ureinwohnen unerwartet. Kenner der Lage wußten es schon lange, daß sich im Fernen Osten etwas vorbereitet, daß Japan nur auf den günstigen Augenblick wartet, um die Feindseligkeiten gegen China zu eröffnen. Der vor einigen Tagen erfolgte chinesische Überfall auf die japanischen Eisenbahnwachen in Paitan yang, fünf Kilometer nördlich von Mukden, und die angeblichen Sprengungen, die die Chinesen an mehreren Punkten der südmandschurischen Eisenbahn unternommen haben sollen, liefern hierfür die günstige Gelegenheit, und der Vormarsch der japanischen Truppen begann. Dies war der Vorwand zum Ausbruch des bewaffneten Konflikts. Dieser hat aber eine lange Vorgeschichte, die bis zu den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts zurückreicht.

Der Konflikt begann mit dem Japanisch-Chinesischen Krieg 1894. Die Ursache des Krieges war Korea. Dort war ein Aufstand ausgebrochen. Die ohnmächtige koreanische Regierung konnte die Verabschaffung japanischer Kaufleute nicht hindern und rief chinesische Hilfe an. Japan kam aber zuvor und besetzte die Hafenstadt von Söul. Der Krieg führte schließlich zu dem Verlust des bis dahin souveränen Staates Korea durch China.

Im Jahre 1905, nach dem Russisch-Japanischen Krieg, setzte sich Japan in der Südmandschurie fest, besetzte die Südecke Port Arthur und Dairen, erhielt auch die russische Eisenbahnkonzeession und baute die südmandschurische Eisenbahn von Chantung über Mukden bis nach Dairen aus. Während des Weltkrieges ergwang dann Japan die Verlängerung der Konzeession des südmandschurischen Eisenbahngebietes.

Noch dem Weltkrieg wurde dann die Lage immer kritischer und kritischer. Die Chinesen strebten die Souveränität ihres Landes an und wollten sich auch in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung nicht beschränken lassen; ein Wunsch, den die europäischen Mächte nach und nach den Chinesen erfüllt haben. Nur Japan wollte keine Konzessionen machen und auf seine der vertragsmäßigen Vorräte verzichten. Ministerpräsident Tanaka griff sogar in die inneren chinesischen Wirren ein, indem er Tsinling und die Schanghaierfeuerbasen befreite. Sein Nachfolger Hamaguchi verfolgte zwar eine viel friedlichere Politik; aber er konnte damit nichts ausrichten.

In den letzten Jahren versuchten dann die Japaner, den Chinesen laut ihres Konzessionsvertrages in der Mandchurie jeden Bahnhof, den sie als Konkurrenz für die südmandschurische Eisenbahn betrachteten, zu verbieten. Sie versuchten auch den Handel der Nordmandchurie nach Korea und dem japanischen Hafen Dairen zu leiten. Die Regierung der Mandchurie war wiederum bestrebt, mit China in enge geschäftliche Verbindung zu treten. Auf diese Weise entstanden immer mehr Reibungsschlüsse, die schließlich zu allerlei unlösbarer Zwischenfällen führten.

Vor etwa einem Jahr hatte bei Wangpaochan in der südlichen Mandchurie, unweit der koreanischen Grenze, eine Gruppe von chinesischen Geldleuten ein größeres Gedland aufgekauft. Am Mai dieses Jahres wurde dieses Gedland neuen koreanischen Emigranten zur kooperativen Besiedlung angeboten.

Die Verträge mit der koreanischen Einwanderungsge meinde wurden kurz darauf unterzeichnet, und der Bau eines 20 Kilometer langen Kanals zur Bewässerung des Neulandes sollte beginnen. Da kam der Krach. Ein Landbesitzer namens Sun verlangte eine besondere Vermittlungsgabe von 1000 Dollar. Diese Summe wollten aber die Siedler nicht bezahlen, da sie vertraglich nicht ausgemacht war. Hierauf begleitete Herr Sun die chinesischen Nachbarn gegen die Siedler, die ja laut japanischem Recht trotz der Auswanderung japanische Staatsbürger waren.

Herr Sun hatte keinen Erfolg. Die fertiggestellten Gräben wurden von den Chinesen ständig zerstört, so daß die Erregung unter den Siedlern von Stunde zu Stunde wuchs. Eines Tages überfiel eine Horde von 500 chinesischen Bauern die Helder der koreanischen Siedlergemeinde und zerstörte sie. Nach diesem ersten Überfall verwüsteten die Chinesen auch andere koreanische Siedlungen.

Hierauf setzte in den größeren Städten Koreas eine allgemeine Chinesenverfolgung ein. Die wütenden Massen stürmten die chinesischen Konsulate, plünderten die chinesischen Laden und richteten an mehreren Orten ein Blutbad an, das mehrere hundert Tote kostete.

Japan wollte daraufhin als Mandatär Koreas an China 200 000 Yen Schadenerfolg zahlen, eine Summe, die Kangxi als völlig unzureichend ablehnte.

Diese Kasse war noch nicht beigelegt, als sich schon ein neuer Zwischenfall ereignete. Vor zwei Monaten wurde

Die verfolgte Anschuld

Ein Staatsanwalt über den Naziterror

Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion hat an den Reichstagsbürokraten ein Telegramm gerichtet, in dem es u. a. heißt, daß sich die Mordtaten „bewaffneter Marxisten“ gegen wehrlose Nationalsozialisten erschreckend häufen, ohne daß Sühne erfolgt.

Die nationalsozialistischen Terroristen spielen die Rolle der verfolgten Unschuld, die unter dem Naziterror der Kommunisten leidet. Das dreiste, verlogene Telegramm der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion entpricht durchaus der Rolle des Völkischen Beobachters, der logisch an der Spitze des Platzes mit Trauerband und roter Fahne in aufzuhöherlicher Form eine Darstellung gibt, die „Die Opfer des roten Mordterrors“ überschrieben ist. Derartige Aufzählungen aber findet man auch in der kommunistischen Presse! Die Nationalsozialisten verfolgen die Kommunisten und die Kommunisten die Nationalsozialisten. Diese grauenhaften Mordtaten ist System, sie ist gewollt als Erziehung zum Bürgerkrieg. Die Nationalsozialisten, die die verfolgte Unschuld spielen, verschweigen, daß ebensoviiele Opfer des nationalsozialistischen Mordterrors fallen wie Opfer des kommunistischen Terrors. Sie verschweigen, daß die Pistole, das Messer, der Schlagring und der Gummifüßel bei ihnen dieselbe Rolle spielen wie bei den Kommunisten. Wir verweisen auf die zwei Listen — die vom Juli und die vom August — mit denen wir die Blutkarten der Nazis nachweisen. Wir verweisen weiter auf die jüngsten Berliner Mordprozesse gegen Nazis. Der Reichstagsbürger kann die Nazis leicht entlarven, indem er auf die Erklärungen des

Staatsanwalts Stade verweist, der zu der Judenhege am Nürburgring feststellte:

Bei den nationalsozialistischen Ausschreitungen am Nürburgring handeles es sich aber darum, daß Friedliche Staatsbürger, noch dazu an einem freien Festtag, überfallen und mißhandelt worden seien. Diese Toten hätten mit politischen Rümpfen nichts mehr zu tun, und durch sie werde das Interesse des deutschen Volkes auf Kulturstadt auf höchste herabgedrückt. Die Angestellten seien aber auch außerordentlich feige vorgegangen. Es gehöre doch möglich kein Nutzen dazu, zu vier oder fünf über einen 68-jährigen Mann herzufallen und zu 20 oder 30 einer Konditorei zu demolieren oder, wie in einem andern Falle, mit Übermacht einen friedlichen Spaziergänger an einem alten Mutter niederzuwalzen.

Das schwere Schicksal der Arbeitslosen ist an einer Rundschau missbraucht worden, die lediglich antisemitisches Rassismus gewesen sei.

Die deutschen Arbeitslosen seien erfreulicherweise lang genug zu wissen, daß durch terroristische Ausschreitungen ihre Lage nicht verbessert werde. Für die Rädelsführer, für die Bucht hausten am Platz seien keine mildern Umstände in Frage kommen. Dabei müsse man auch berücksichtigen, daß durch sie Jugendliche mit ins Unglück gestellt worden sind, die gleichfalls wegen der Beteiligung bestraft werden müssten, wenn man ihnen auch mildende Umstände gutte rechnen könnte.

Von diesen Tatsachen, von diesen gerichtlichen Feststellungen hat die Nazipresse bis zum heutigen Tage noch keine Notiz genommen — es könnte sonst auch passieren, daß die einzigen Leser ob des Terrorgejammers der Hitlerianer